

Der Top-Klient

Christian Wulff plante seinen TV-Auftritt als Befreiungsschlag, aber er verstrickte sich weiter in Widersprüche. Neue Enthüllungen zeigen, dass der Bundespräsident seinem Amt nicht gewachsen ist.

Der Präsident hatte seine engsten Getreuen zu sich gebeten. Viele waren es nicht mehr, die am vergangenen Dienstagabend in die Dienstvilla im Berliner Prominentenquartier Dahlem kamen: Lothar Hageböling, sein Amtschef und langjähriger Vertrauter. Der Anwalt Gernot Lehr, der schon Christian Wulffs Vorgänger Johannes Rau durch die „Flugaffäre“ gelotst hatte. Die Pressesprecherin, einige Mitarbeiter aus dem Amt, Freunde.

Vor Weihnachten hatten sie alle noch gehofft, der Bundespräsident habe das Schlimmste hinter sich. Doch dann war die Affäre mit neuer Wucht entbrannt. Handelte es sich beim Schnäppchen-Kredit der BW-Bank um ein Dankeschön, weil Wulff als VW-Aufsichtsrat geholfen hatte, die BW-Bank-Mutter LBBW vor Milliardenverlusten zu bewahren?

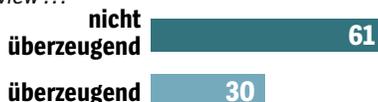
Und der aufgebrachte Anruf auf der Mailbox des „Bild“-Chefredakteurs? Der erste Mann im Staat hatte offenbar nicht nur Kontakt zu zweifelhaften Freunden und kein Gespür für die Grenzen des Anstands – jetzt zeigte er auch noch ein gestörtes Verhältnis zur Verfassung. Ausgerechnet der Präsident, der wenige Tage zuvor am Arabischen Golf Meinungsfreiheit angemahnt hatte, attackierte die Freiheit der Presse im eigenen Land, so schien es.

Wulff war niedergeschlagen. Das verheerende Medienecho der vergangenen Wochen hatte Spuren hinterlassen. Das war ihm anzumerken. Jedes Wort der Ermutigung saugte er förmlich auf. Aber Rücktritt? Nein, das war keine Option.

UMFRAGE

Wulff-Interview

„Ich fand das Auftreten im Fernseh-Interview ...“



Umfrage von Infratest dimap für ARD-Deutschlandtendenz vom 5. Januar; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent; „Weiß nicht“/keine Angabe

Nun saßen sie in seiner Dienstvilla und überlegten: Wie konnte er wieder in die Offensive kommen? Gab es überhaupt noch eine Chance, die öffentliche Meinung zu drehen, oder war es bereits zu spät? War es möglicherweise ein Fehler gewesen, dass sich der Präsident nicht schon vor Weihnachten den Fragen der Journalisten gestellt und stattdessen nur eine kurze Erklärung abgegeben hatte?

Von den Medien konnte sich Wulff keine Unterstützung erwarten, so viel war klar. Ihm blieb nur eine Chance: Er musste sich an der Presse vorbei direkt ans Volk wenden. Affären-Profi Lehr hatte darauf schon seit Tagen gedrängt. Das Staatsoberhaupt solle sich dem deutschen Fernsehpublikum erklären.

Die Runde diskutierte, wie so ein Interview ablaufen könne. Themenkomplexe wurden sortiert, Argumente geprobt. Als sich Wulff nachts um halb zwei von seinen Vertrauten verabschiedete, war er noch unentschlossen. Erst am nächsten Morgen stand es dann fest: Er würde ins Fernsehen gehen.

Und so konnten am Mittwochabend 11,5 Millionen Zuschauer eine Metamorphose beobachten, wie es sie in der Nachkriegsgeschichte nicht gegeben hat. Das Staatsoberhaupt verwandelte sich in einen einfachen Menschen, der seine Mitmenschen um Verständnis und Vergebung bat.

Wieder einmal verließ sich Wulff auf seine große Gabe: den Eindruck von Unschuld zu erwecken. Es ist eine Fähigkeit, die er so perfektioniert hat, dass er sogar dann noch unschuldig wirkt, wenn er Fehler zugibt. Er wirkte seriös, er wirkte demütig, er wirkte sanft, er ließ es so aussehen, als sei er da einfach nur in etwas hineingerutscht, halb gutmütig, halb gedankenlos. Man wird sich doch wohl noch von seinen Freunden einladen lassen dürfen, oder?

Diese Art ist zu seiner Masche geworden, sie ist inzwischen seine politische Lebensversicherung. Aber es fällt ihm inzwischen schwer, damit sein taktisches Verhältnis zur Wahrheit zu kaschieren,



Affären-Paar Wulff: Der König darf sich auf dem



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / DER SPIEGEL

Wochenmarkt nicht mit der Fischverkäuferin zanken

das die ganze Affäre um seinen Hauskredit und die Gratis-Urlaube bei befreundeten Unternehmern prägt.

Er gibt nur zu, was bekannt ist, er macht es in kleinen Rationen, seine Antworten sind irreführend, sie werfen neue Fragen auf, die Wulff dann wieder nur halb und verwirrend und zu spät beantwortet. Der Mann, der 2007 ein Buch unter dem programmatischen Titel „Besser die Wahrheit“ veröffentlichte, hat Schwierigkeiten mit der Wahrheit.

Denn auf die entscheidende und sehr einfache Frage antwortet der Präsident nicht: Warum nimmt er für sich und seine Familie private Vergünstigungen in Anspruch, die er vor allem seinem Amt zu verdanken hat? Wulff kann diese Frage nicht beantworten, denn es gibt keine Antwort, die befriedigen könnte.

Der Bundespräsident, das ist in den vergangenen Wochen wiederholt geschrieben worden, ist ein Amt ohne Macht. Nach dem Willen der Verfassungsväter soll er als neutrale Kraft über den Parteien schweben und die Sehnsucht der Deutschen nach überparteilicher Vernunft befriedigen. Seine Rolle ist die eines republikanischen Ersatzmonarchen. Er muss kein Heiliger sein, aber Einfluss und Wirkung erzielt er nur, wenn er das ausstrahlt, was Bundespräsidenten wie Theodor Heuss, Gustav Heinemann oder Richard von Weizsäcker verkörperten: Glaubwürdigkeit.

Er steht an der Spitze eines Staates, der auch Heimat für Steuersünder, Falschparker, Schnorrer oder notorische Schnäppchenjäger ist. Die erwarten von ihrem Ersatzmonarchen, dass er sich nicht auf ihre Stufe stellt. Ein König darf sich auf dem Wochenmarkt nicht mit der Fischverkäuferin zanken. Das wäre peinlich. So wie ein Bundespräsident, der nach Schnäppchen giert, sich von reichen Unternehmern einladen lässt oder Chefredakteuren minutenlang auf die Mailbox jammert. Wer das macht, ist für das Amt ungeeignet.

Das Problem des Christian Wulff ist, dass er bislang nicht verstanden hat, was er falsch gemacht haben soll. Er weiß inzwischen, dass es ein Fehler war, dem niedersächsischen Landtag nicht die ganze Wahrheit über seinen Privatkredit gesagt zu haben. Aber er versteht nicht, dass sein größtes Problem die Sonderkonditionen bei seinen Darlehen ist.

Wer Wulff in diesen Tagen beobachtet, erlebt einen Menschen, der davon überzeugt ist, sich wie ein vernünftiger, sorgender Familienvater verhalten zu haben. Wie ein Mann eben, der ökonomisch sinnvolle Entscheidungen für seine Familie trifft und sich wie jeder andere Hauseigentümer die günstigsten Finanzierungsbedingungen sucht.

Der Präsident lebt in seiner eigenen Wahrheit, und in der werden vermögende



Nicht gradlinig

Chronik der Ereignisse um Christian Wulff

2006

Ministerpräsident Christian Wulff verlässt seine erste Ehefrau für die 14 Jahre jüngere Bettina Körner.



Ehepaar Egon und Edith Geerkens



Unternehmer wie Carsten Maschmeyer oder Wolf-Dieter Baumgartl zu normalen Freunden und außergewöhnliche Kreditvergünstigungen zu „ganz normalen üblichen Konditionen“, die jedem Mann zustünden.

Vielleicht würde die Öffentlichkeit etwas gnädiger urteilen, wenn Wulff in seinem Politikerleben nicht unzählige Gelegenheiten genutzt hätte, die Moralglocke zu schlagen. Als sich Johannes Rau, einer seiner Vorgänger, Anfang 2000 in der „Flugaffäre“ verhedderte, gab der damalige Ministerpräsident Wulff zu Protokoll: „Es ist tragisch, dass Deutschland in dieser schwierigen Zeit keinen unbefangenen Bundespräsidenten hat, der seine Stimme mit Autorität erheben kann.“

Noch im vergangenen März verkündete er auf dem Bankentag: „Wer zur Elite eines Landes gehören will, muss auch Vorbildfunktion und Verantwortung übernehmen – ohne Wenn und Aber.“ Nun, da er an den eigenen Maßstäben gemessen wird, reklamiert er für sich, er sei inzwischen „lebensklüger“ geworden: „Heute kann ich Johannes Rau besser verstehen, als ich ihn damals verstanden habe.“

Mag sein, dass Wulff mittlerweile mehr Verständnis für die Opfer seiner Moralattacken hat, doch hat die Öffentlichkeit damit auch mehr Verständnis für ihn? Zwar behauptet der Präsident bei jeder Gelegenheit, er Sorge doch für vollständige Transparenz und alle Fakten lägen auf dem Tisch, doch das ist nicht einmal die halbe Wahrheit.

Der Hauskredit spielt jetzt die entscheidende Rolle, wenn es um die Glaubwürdigkeit Wulffs geht. Und weder Wulffs TV-Auftritt noch eine Erklärung seiner Anwälte am Tag danach konnten den Verdacht ausräumen, der sich aufdrängt: dass die BW-Bank in Stuttgart Wulff seit März 2010 nur deshalb mit Traumzinsen verwöhnte, weil er Ministerpräsident des Landes Niedersachsen war und damit auch Aufsichtsrat im VW-Konzern.

520 000 Euro lieh ihm die Bank, aber nicht über einen Immobilien-, sondern einen Geldmarktkredit, mit variablen Zinssätzen. Glaubt man Wulff, waren das

März 2008

Nach Wulffs Scheidung heiratet das Paar. Trauzeuge ist der Osnabrücker Unternehmer und Wulff-Freund Egon Geerkens, unter den Gästen der Finanzunternehmer Carsten Maschmeyer.



„ganz normale, übliche Konditionen“. Doch selbst wenn die Zinssätze für Geldmarktkredite üblich gewesen sein sollten: Dass Wulff so einen Kredit bekam, war es nicht. Es gibt nur wenige Kunden, denen die Bank so vorteilhafte Kredite anbietet. Denn für die Bank lohnt sich das in der Regel kaum.

Die Zinsen orientieren sich am Euribor, dem durchschnittlichen Zinssatz, zu dem Banken untereinander Anleihen gewähren. Für Wulffs Kredit betrug sie während der Laufzeit 0,9 bis 2,1 Prozent. Für gewöhnliche Bankkunden, die ihr Haus finanzieren wollen, ist das unerschwingbar niedrig. Sie mussten für ihre Hypothekendarlehen damals mehr als drei Prozent zahlen. Das also wären die „ganz normalen, üblichen Konditionen“ gewesen. Warum nicht auch für Wulff?

„Aus Sicht des Kundenberaters handelte es sich bei Herrn Wulff um einen attraktiven Neukunden mit guter finanzieller Perspektive und Absicherung“, teilte die Bank dazu nun mit. Wulff habe man deshalb als „gehobenen Privatkunden“ eingestuft. Nur deshalb bekam er die

25. Oktober 2008

Ehefrau Edith Geerkens gewährt den Wulffs einen Privatkredit über 500 000 Euro für einen Hauskauf. Egon Geerkens ist in die Aushandlung der Modalitäten eingebunden.

Dezember 2009

Christian Wulff fliegt mit seiner Familie zur Geerkens-Villa nach Florida. Air Berlin gewährt ein kostenloses Upgrade in die Business-Klasse. Erst nach Recherchen des SPIEGEL erstattet Wulff den Differenzbetrag.



Wulff-Haus in Großburgwedel

21. März 2010

Wulff löst auf Vermittlung von Geerkens den Privatkredit durch einen Geldmarktkredit bei der BW-Bank ab.

18. Februar 2010

Auf Anfrage im Landtag gibt Wulff an, mit dem Unternehmer Geerkens in den letzten Jahren keine geschäftlichen Beziehungen gehabt zu haben.

30. Juni 2010

Wahl Wulffs zum Bundespräsidenten.

12. Dezember 2011

Wulff spricht „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann eine Nachricht auf die Mailbox, in der er angeblich mit Konsequenzen droht, sollten Einzelheiten zur Immobilienfinanzierung veröffentlicht werden. Auch bei Springer-Konzernchef Mathias Döpfner versucht Wulff zu intervenieren.

13. Dezember 2011

Die „Bild“-Zeitung veröffentlicht Details zu Wulffs fragwürdiger Hausfinanzierung.

15. Dezember 2011

Wulff bedauert in einer Mitteilung, den Kredit von Edith Geerkens vor dem Landtag nicht erwähnt zu haben. Den Geldmarktkredit habe er in ein langfristiges Bankdarlehen umgewandelt. Beim „Bild“-Chefredakteur entschuldigt er sich für Ton und Inhalt der Mailbox-Nachricht.

18. Dezember 2011

Wulff lässt eine Liste seiner privaten Urlaube 2003 bis 2010 veröffentlichen. Darunter sind Aufenthalte beim Ehepaar Geerkens, bei Talanx-Aufsichtsrat Wolf-Dieter Baumgartl und bei Carsten Maschmeyer.

20. Dezember 2011

Neue Vorwürfe gegen Wulff. Maschmeyer soll im Wahlkampf 2007 mit über 40 000 € die Werbung für ein Wulff-Buch finanziert haben. Titel: „Besser die Wahrheit“.

21. Dezember 2011

Sechs Tage nach der öffentlichen Behauptung, seinen Geldmarktkredit umgewandelt zu haben, unterschreibt Wulff einen Darlehensvertrag der BW-Bank.

17. August 2011

Der Bundesgerichtshof gibt einer Klage des SPIEGEL auf Einsicht in das Grundbuch der Wulff-Immobilie statt.

2. Januar 2012

Die Droh-Anrufe Wulffs beim Springer-Verlag werden publik.

Chance, einen so günstigen Geldmarktkredit abzugreifen.

Dass Banken ihren besten Kunden bei Krediten schon mal einen VIP-Bonus spendieren, ist zwar nicht ungewöhnlich. Allerdings war Wulff damals noch Ministerpräsident, verdiente weniger als heute, hatte eine teure Scheidung hinter sich und offenbar 2008, beim Kauf des Hauses, kein Eigenkapital. blieb als Grund für die Vorzugsbehandlung nicht mehr viel. Eigentlich nur sein Amt.

Warum aus dem Neukunden sofort der Premiumkunde Wulff wurde, will die Bank allerdings nicht genauer erklären. Fest steht, dass sie Wulff den Kredit mit einem weiteren Bonbon versüßte. Wulffs Rahmenvertrag für das Geldmarktdarlehen, das alle drei Monate an den Euribor angepasst wurde, lief auf knapp 15 Jahre. Er habe deshalb das Risiko steigender Zinsen ganz allein getragen, barmte Wulff im Fernsehen.

Die Wahrheit sieht anders aus: Solange die Zinsen niedrig blieben, konnte er fast 15 Jahre lang Traumkonditionen ausnutzen. Doch den vermeintlichen Nachteil – möglicherweise steigende Zinsen – musste er nicht fürchten. Er konnte das Geldmarktdarlehen kurzfristig umwandeln und sich stattdessen in einen Immobilienkredit mit festen Zinsen retten.

Genau diese Chance nutzte Wulff dann auch im Dezember 2011. Die Zinsen stiegen mittlerweile auf 2,1 Prozent, Wulff schrieb den Kredit auf ein normales, langfristiges Hypothekendarlehen mit 3,62 Prozent um. Ein Festzinssatz.

Bemerkenswert auch, dass die Bank im März 2010 ihrem Kunden aus dem fernen Großburgwedel für sein Haus 520 000 Euro lieh, obwohl dieses Haus eineinhalb Jahre vorher offenbar nur 415 000 Euro wert gewesen war – zu diesem Preis hatten es die Wulffs gekauft. Kein Problem, sagt heute die BW-Bank. Sie habe das

4. Januar 2012

In einem Fernsehinterview versucht der Präsident, sich zu rechtfertigen. Über den Darlehensvertrag habe es bereits im November eine rechtsverbindliche Einigung mit der BW-Bank gegeben. Mit dem Anruf bei der „Bild“-Zeitung habe er nur um einen Tag Aufschub gebeten.

5. Januar 2012

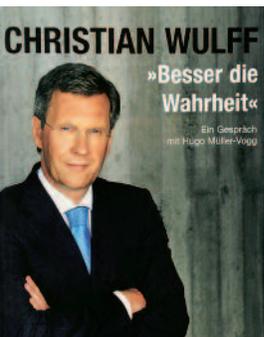
Die „Bild“-Zeitung widerspricht der Darstellung Wulffs und fordert diesen auf, einer Veröffentlichung der Mailbox-Nachricht zuzustimmen. Wulff verweigert dies. Auch die BW-Bank widerspricht Wulff: Der Kredit sei erst mit der Unterschrift rechtskräftig geworden.



Kai Diekmann



Carsten Maschmeyer





Präsidenten-Schloss Bellevue: „Gibt es bald ein Kinder-Zimmer, Frau Wulff?“

Haus durch ihren Sachverständigen bewerten lassen. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten habe sich im März 2010 „ein deutlich höherer Wert“ ergeben.

Das Wertgutachten liegt Wulff nach Angaben seiner Anwälte nicht vor. Sie verweisen auf Wulffs Aussage im Fernsehinterview, wonach die Bank nicht nur sein Haus, sondern unter anderem auch eine zweite Immobilie – ein Tankstellengrundstück bei Osnabrück – zur Bonitätsermittlung mit einbezogen habe. Den Wert von Wulffs Haus soll die Bank nach SPIEGEL-Informationen mit rund 750 000 Euro angesetzt haben.

Wie aber konnte der Wert des Hauses in Großburgwedel in so kurzer Zeit, von Oktober 2008 bis März 2010, so hochschnellen? In Großburgwedel sind die Preise in dieser Zeit nicht steil gestiegen, die Richtwerte für Grundstücke in dieser Wohngegend verharrten bei 220 Euro pro Quadratmeter. Außerdem hatten schon die Voreigentümer versucht, den Klinker-Bau zunächst für knapp 600 000 Euro zu verkaufen – ein Jahr lang ohne Erfolg.

Lässt sich der Preissprung durch Renovierungen erklären, wie es bei der Bank heißt? Aber wenn das stimmt, woher hatte Wulff überhaupt das Geld dafür? Oder verdankt Wulff den enormen Wertzuwachs nur seinem Amt und dem Steuerzahler? Denn nach seinem Einzug stufte das Land Niedersachsen das Domizil des Landesvaters aufwendig mit Sicherheitstechnik auf. Die Staatskanzlei will sich zur Höhe der Sicherheitskosten nicht äußern, Wulff auch nicht.

Panzerglas und Überwachungskameras lassen den Wert eines Hauses in Großburgwedel nicht automatisch steigen. Wäre Wulff pleite und die Bank müsste das Haus verwerten, brauchte sie einen Interessenten, der in Großburgwedel so viel Geld für seine Sicherheit ausgeben will wie der Staat für Wulff. Nicht besonders wahrscheinlich.

Vielleicht hat der zuvorkommende Umgang der BW-Bank mit ihrem Top-Klienten dann doch mehr mit seinem Amtsbonus als mit seiner Bonität zu tun. Ein möglicher Grund findet sich in der spannendsten Übernahmeschlacht der deutschen Industriegeschichte: Seit 2005 versuchte

der kleine Sportwagenbauer Porsche, den Autoriesen VW zu schlucken, und er verschluckte sich daran so heftig, dass ihm die Pleite drohte. Ministerpräsident Wulff trug als Aufsichtsrat des VW-Konzerns gleich zweimal entscheidend dazu bei, dass Porsche nicht unterging. Damit ersparte er auch der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und ihrer Tochter, der BW-Bank, schwere Verluste.

War der Privatkredit der BW-Bank für Wulff ein spätes Dankeschön? Auf eine entsprechende Anfrage des SPIEGEL ließ Wulff antworten, es bestehe „keine irgendwie geartete Interessenkollision“.

Aber Wulff dementiert damit nur, was gar nicht zur Debatte steht. Es gab tatsächlich keine Interessenkollision, denn beide, Wulff und die Landesbank, wollten die Pleite verhindern. Wulff ging es um die Unabhängigkeit des VW-Konzerns. Denn Porsche hielt rund 50 Prozent der VW-Aktien; bei einer Insolvenz wären sie zum Höchstpreis auf dem freien Markt verkauft worden und möglicherweise einem chinesischen Autohersteller oder einem Hedgefonds in die Hände gefallen.

Selbst wenn Wulff behauptet, das eine, Porsche, habe mit dem anderen, dem Hauskredit, nichts zu tun: Nach dieser Rettungsaktion im Amt hätte er als Privatmann keine Geschäfte mehr mit der LBBW-Tochter BW-Bank machen dürfen. Der Verdacht, er erhalte eine Vorzugsbehandlung, liegt zu nahe.

Die Geschichte mit der BW-Bank wiegt auch deshalb so schwer, weil Wulff in Sachen fragwürdige Kredite ein Wiederholungstäter ist.

Zum ersten Mal rückten Wulffs dubiose Darlehen am 18. Februar 2010 in den Blickpunkt, bei der Anfrage der Grünen

im Landtag, die wissen wollten, ob Wulff Geschäfte mit dem Unternehmer Egon Geerkens machte. In den letzten zehn Jahren habe es keine geschäftlichen Beziehungen gegeben, ließ Wulff antworten und verschwie, dass er und seine Frau Bettina das Geld anfangs von Geerkens' Frau geliehen bekommen hatten – vor dem Wechsel zur BW-Bank.

Noch am 13. Dezember 2011, dem Tag, an dem die „Bild“-Zeitung erstmals über den Hauskredit schrieb, pochte Wulff-Sprecher Olaf Glaeseker in einer offiziellen Erklärung darauf: Die Anfrage sei damals „wahrheitsgemäß verneint“ worden. Erst zwei Tage später – der öffentliche Druck war stärker geworden – versuchte Wulff, die Front zu begradigen, mit seinem ersten Rückzug. Vor der Presse im Schloss Bellevue räumte er ein, es wäre besser gewesen, wenn er im Landtag auch den Vertrag mit Frau Geerkens erwähnt hätte.

Was er nicht sagte: warum er eigentlich versäumt hatte, Frau Geerkens im Landtag zu erwähnen. Das lieferte er erst jetzt im Fernsehinterview nach. Er habe „unter der Abwägung“ gestanden, „was ist privat, was ist öffentlich, was muss hier genannt werden, und was geht nicht alle etwas an?“

Aber das klang nun gerade so, als sei es ihm, dem Menschen Wulff, doch nur um ein bisschen wohlverdiente Privatsphäre gegangen. Die Wahrheit ist: Ein Kredit aus dem Haus eines befreundeten Unternehmers hätte schon im Februar 2010 ein politisches Beben ausgelöst.

Es blieb dann auch nicht bei der Trickserei im Landtag. Ein Jahr später, im Februar 2011, fragte der „Stern“-Redakteur Hans-Martin Tillack im Bundespräsidialamt nach, wer Wulff den Kredit für sein Haus gegeben habe und warum der Name nicht im Grundbuch stehe.

Und wieder mauerte der Präsident: Sein Sprecher Glaeseker trickste Tillack mit der Antwort aus, Darlehensgeber „war und ist“ die BW-Bank. „War und ist“ – als wäre das immer schon so gewesen. Dass Wulff den Kredit erst 2010 umgeschuldet hatte und bis dahin das Geld von Edith Geerkens gekommen war, blieb damit weiterhin sein Geheimnis.



Wulff-Freund Baumgartl: Gabe zur Gefälligkeit

KALINE KNOTH / DDP IMAGES

Natürlich leben Politiker von Kontakten, von Nähe, bei Wulff sieht es aber so aus, als sei mit dem Abstand auch der Anstand verlorengegangen; ein Bauchgefühl, was sich gehört und was nicht. Das gilt besonders für seine Freundschaften.

Dass Wulff so viele reiche Freunde hat, ist auffällig und sicherlich nicht nur zufällig. Wer, wenn nicht ein reicher Freund, wäre zu solchen Freundschaftsdiensten fähig, wie Wulff sie gern annimmt. Gratisurlaube in Luxusvillen zum Beispiel. Umgekehrt fragt sich aber, warum so viele Reiche eine so große Vorliebe für Christian Wulff haben.

In seinem Fernsehinterview erweckte Wulff den Eindruck, er kenne diese Freunde, bei denen er umsonst Urlaub machte, schon seit seiner Jugend: „Wo ich gewohnt habe – in fast zehn Jahren sechsmal oder so –, das sind Freunde, die ich aus Schulzeiten habe“, sagte er. Das aber stimmt so nicht. Denn das gilt für Egon Geerkens, nicht aber für den Multimillionär und Gründer des Finanzvertriebs AWD, Carsten Maschmeyer. Und auch nicht für Wolf-Dieter Baumgartl vom Versicherungskonzern Talanx.

Offenbar um das zu kaschieren, behauptete Wulff im Fernsehen, Baumgartl sei inzwischen „ausgeschieden“ und „heute sozusagen Pensionär“. Kein Problem also, sollte das wohl heißen. Aber dieses „sozusagen“ war nur eines nach den Maßstäben von Christian Wulff. Denn tatsächlich ist der Pensionär Baumgartl bis heute Aufsichtsratschef der Talanx und damit unverändert einer der mächtigsten Männer des Unternehmens.

Die „langjährige Freundschaft“ begann wie bei Maschmeyer offenbar erst, als Wulff schon Ministerpräsident war, eine Freundschaft, bei der man sich das Amt schwer wegdenken kann, wenn man nicht Christian Wulff heißt. Und zumindest im Fall Baumgartl drängt sich der Eindruck auf, dass nicht nur der Versicherungsmanager, sondern umgekehrt auch Wulff die Gabe zur Gefälligkeit hatte.

Im Jahr 2008 hatte Wulff seine Flitterwochen mit seiner zweiten Frau Bettina in der Toskana-Villa der Familie Baumgartl verbracht. Das hatte Wulffs Anwalt schon vor Weihnachten eingeräumt.

Drei Jahre vor dem Urlaub, am 3. Mai 2005, hatte Wulff seinen Gönner aber auch schon mal dienstlich besucht, in Hannover. Wulff verlieh damals einer geschlossenen Veranstaltung der HDI-Versicherungen des Talanx-Konzerns den nötigen Glanz. Vor dem Gesamtbeirat, einem Beratergremium der HDI mit Spitzen der deutschen Wirtschaft, hielt der Ministerpräsident eine lange Rede; Thema: die „Verantwortung der Politik“. Nachdem er laut Protokoll den „sehr geehrten Herrn Baumgartl“ persönlich begrüßt und hehre Worte über politische



Kanzlerin Merkel

MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

SPIEGEL-UMFRAGE Bundespräsident Wulff

„Christian Wulff ist mit Unterstützung von Angela Merkel zum Bundespräsidenten gewählt worden. Schaden Wulffs Verhalten und die öffentliche Debatte darüber dem Ansehen der Kanzlerin?“

Ja **50**

Nein **47**

„Braucht Deutschland einen Bundespräsidenten?“

Ja **75**

Nein **22**

TNS Forschung am 5. Januar; 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht“

Moral gefunden hatte („Wir brauchen glaubwürdige Politiker, die sagen, was sie denken, und tun, was sie sagen“), zog er eine Bilanz, wie erfolgreich sich seine Landesregierung in den vergangenen zwei Jahren für Versicherer und Versicherte ins Zeug gelegt hatte.

So habe seine Regierung großen Anteil daran, dass bei der Besteuerung von Lebensversicherungen das Schlimmste verhindert worden sei. „Sofern es im Einflussbereich der Niedersächsischen Landesregierung lag, ist sie für die Beibehaltung des Privilegs der Steuerfreiheit der Erträge eingetreten“, rühmte sich Wulff damals. Zwar habe man wegen der Mehrheitsverhältnisse in Berlin Zugeständnisse machen müssen. Doch „aus den insgesamt vier Kompromisslösungen hat sich die Niedersächsische Landesregierung für die nur hälftige Besteuerung der Erträge aus Lebensversicherungen eingesetzt“,

Wulffs Moralglocke

„Der Staat muss sich Politiker erlauben, die finanziell in der Lage sind, Autos und Reisen selber bezahlen zu können.“

Der Spitzenkandidat der niedersächsischen CDU 1993 vor Journalisten in Hannover

führte Wulff aus. „Damit werden Lebensversicherungen auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der privaten Altersvorsorge spielen.“

Das dürfte Baumgartl gefreut haben, erst recht, weil Wulff versprach, künftig auch Steuerbedingungen so zu verbessern, dass mehr Geld in die private Altersvorsorge fließen kann.

Natürlich darf ein Ministerpräsident Freunde haben, auch reiche Freunde, aber muss er sich von ihnen deshalb immer wieder einladen lassen? Wulff hätte schon den Anschein vermeiden müssen, stattdessen argumentiert er jetzt, dass der böse Anschein völlig falsch sei. Mittlerweile müssen seine Anwälte erklären, warum sich Wulff eben nicht strafbar gemacht habe.

Das sehen manche Juristen inzwischen anders. Zwar beschied die Staatsanwaltschaft Hannover, bei der mehrere Anzeigen eingingen, dass sie keine Ermittlungen wegen einer möglichen Vorteilsannahme aufnehmen werde.

Darüber kann sich der Korruptionsexperte und Strafrechtsprofessor Osman Isfen von der Ruhr-Universität Bochum aber nur wundern. Möglich, sagt Isfen, dass Wulff einen besonderen Schutz vor Strafverfolgung genieße, weil er auch noch Landtagsabgeordneter war. Doch wenn man in dieser juristisch umstrittenen Frage den führenden Strafrechtskommentaren folge, „dann gibt es aus meiner Sicht überhaupt keinen Zweifel, dass der Straftatbestand der Vorteilsannahme bei Wulff erfüllt ist“.

Schon Mitte Januar will sich zudem der Landtag mit der Frage beschäftigen, ob Wulff gegen das Niedersächsische Ministergesetz verstoßen hat, das Regierungsmitgliedern die Annahme von Geschenken „in Bezug auf ihr Amt“ verbietet.

Die Affäre um die Schnäppchenkonditionen für seinen Hauskredit ist deshalb die größte Belastung für den Präsidenten. Doch daneben gibt es eine zweite Front, die ihm in der vergangenen Woche zu entgleiten schien. Es ist der Medienkrieg, den Wulff und „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann gegeneinander führen.

Die Auseinandersetzung ist ungewöhnlich, weil sie das Ende einer langen und innigen Beziehung zum gegenseitigen Nutzen markiert. „Politiker Wulff – so

Es fehle „eine Grundsensibilität, dass man Dienstliches und Privates relativ strikt trennt, dass man fließende Übergänge mit äußerster Vorsicht behandelt.

Es muss jeder Ansatz von Korruptierbarkeit schon im Ansatz verhindert werden“.

Wulff 1999 im Deutschlandfunk zu den Motiven des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski (SPD), dessen Hochzeitsfeier von Bierbrauern gesponsert wurde

toll hat er sein neues Leben im Griff“, schrieb „Bild“, nachdem sich Wulff im Jahr 2006 von seiner langjährigen Ehefrau getrennt und seine neue Liebe Bettina gefunden hatte.

Schon vor der Wahl im Juni 2010 zum Präsidenten fragte das Blatt erwartungsfroh: „Gibt es bald ein Kinder-Zimmer im Schloss Bellevue, Frau Wulff?“ Und bei der Feier nach seiner Wahl begleitete „Bild“ ihn selbstverständlich „exklusiv“.

Der Mailbox-Ausbruch des Präsidenten erklärt sich mit der Recherche der

„Wir dürfen nicht in die missliche Lage kommen, dass wir die neuesten Details aus den Medien erfahren.“

Wulff am 10. Januar 2000 im „Handelsblatt“ über die Informationspolitik von Ex-Kanzler Helmut Kohl in der Parteispendenaffäre

„Bild“ zur Kreditaffäre. Am 11. Dezember vergangenen Jahres um 6.49 Uhr morgens hatte das Blatt seinen Fragenkatalog per Mail an Wulffs Sprecher geschickt.

Noch bevor Wulff Mitte Dezember zu seiner Reise in die Golfregion aufbrach, hatten „Bild“-Redakteure im Schloss Bellevue Einsicht in den Kreditvertrag bekommen. Die Journalisten waren bis dahin überzeugt gewesen, dass Wulffs spendabler Unternehmerfreund Maschmeyer den 500 000-Euro-Kredit für das Haus in Großburgwedel ausgestellt hatte. Um das Gerücht aus dem Weg zu räumen, offenbarte Wulffs Sprecher den offiziellen Geldgeber – Edith Geerkens.

So weit, so unstrittig. Nach Darstellung des Präsidialamts aber verpflichteten sich die „Bild“-Leute, den Namen des Kredit-



Glamourpaar Wulff: Auch dem Perfektionisten geht mal was daneben

„Es ist tragisch, dass Deutschland in dieser schwierigen Zeit keinen unbefangenen Bundespräsidenten hat, der seine Stimme mit Autorität erheben kann.“

Wulff im Jahr 2000 zur Flugaffäre des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau

„Es muss der Anschein vermieden werden, dass es Interessenskollisionen gibt.“

Wulff 2006, als Gerhard Schröder nach Ende seiner Kanzlerschaft Aufsichtsratschef des deutsch-russischen Pipeline-Konsortiums wurde

„Was privat ist, muss privat gezahlt werden.“

Wulff 2009 zur Dienstwagen-Affäre der damaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt

gebers nicht zu nennen, solange es sich nicht um Maschmeyer oder einen anderen Großunternehmer handle. Als den Präsidenten auf dessen Reise in die Golfregion die „Bild“-Anfrage erteilte, fühlte er sich gelempt. In seinen Augen taten die „Bild“-Leute so, als hätten sie selbst den Namen der Geldgeberin recherchiert. Dabei gäbe es die „Bild“-Story gar nicht, hätte der Präsident nicht das entscheidende Puzzleteil selbst geliefert. Bei „Bild“ heißt es, die Rechercheure hätten sich nicht auf Glaesekers Bedingung eingelassen, den Namen Geerkens geheim zu halten.

Der Präsident war am 12. Dezember zwischen zwei Terminen im Auto unterwegs, als er zum Handy griff und „Bild“-Chef Diekmann anrief. Der ging jedoch nicht ans Telefon, stattdessen sprang um 18.19 Uhr die Mailbox an.

Was Wulff in den folgenden Minuten auf Diekmanns Mailbox hinterließ, existiert als Abschrift, die unmittelbar nach dem Gespräch gefertigt wurde und die unter Journalisten zirkuliert. Das Papier ist zwei Seiten lang, besteht aus drei Absätzen. Zwei knappe Stellen sind mit Fragezeichen versehen, offenbar war hier die Aussage nicht einwandfrei zu verstehen.

Direkt zu Beginn erklärt Wulff, er sei gerade „auf dem Weg zum Emir“ und „deswegen hier sehr eingespannt“. Dann geht es um die „Bild“-Recherchen: „Ich habe alles offengelegt, Informationen gegeben, mit der Zusicherung, dass die nicht verwandt werden. Die werden jetzt indirekt verwandt, das heißt, ich werde auch Strafantrag stellen gegenüber Journalisten morgen, und die Anwälte sind beauftragt.“

Warum das Blatt nicht akzeptieren könne, „wenn das Staatsoberhaupt im Ausland ist, zu warten, bis ich Dienstagabend wiederkomme, also morgen, und Mittwoch eine Besprechung zu machen, wo ich mit Herrn ... den Redakteuren rede, wenn Sie möchten, die Dinge erörtere und dann können wir entscheiden, wie wir die Dinge sehen, und dann können wir entscheiden, wie wir den Krieg führen“.

Diese Passage entlastet und belastet Wulff zugleich. Im Fernsehinterview hat er behauptet, er habe die Veröffentlichung nicht verhindern, sondern nur um einen Tag verschieben wollen. Die Abschrift belegt das, zeigt aber auch, dass der Präsident drohte – mit strafrechtlichen Konsequenzen. Das aber tut nur, wer Berichterstattung verhindern will.

Und war Wulff wegen seiner Reise wirklich nicht in der Lage, schnell auf die Anfrage von „Bild“ zu antworten? Wulff selbst spricht in seiner Nachricht von „seit Monaten“ andauernden Recherchen der „Bild“-Redakteure; der SPIEGEL hatte sich bis zum Bundesgerichtshof vorgekämpft, um Einsicht in die Grundbuchakten zu erhalten. Wulff wusste also schon lange, dass ihm Journalisten auf der Spur waren.

Doch es gibt auch ganz andere Passagen, eher bettelnd statt drohend. Er wolle „einfach, dass wir darüber sprechen, denn wenn das Kind im Brunnen liegt, ist das Ding nicht mehr hochzuholen – das ist ein-

deutig“. Dass man nicht bis Mittwoch warte „und dann sagt: Okay, wir wollen den Krieg und führen ihn. Das finde ich sehr unverantwortlich von Ihrer Mannschaft, und da muss ich den Chefredakteur schon jetzt fragen, ob er das so will, was ich mir eigentlich nicht vorstellen kann“.

Wulff weiter: So „wie das gelaufen ist in den letzten Monaten, ist das inakzeptabel, und meine Frau und ich werden Mittwochmorgen eine Pressekonferenz machen zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten und den weiteren Terminen und werden dann entsprechend auch öffentlich werden, weil diese Methoden Ihrer Journalisten, des investigativen Journalismus nicht mehr akzeptabel sind ...“ Er hoffe, „dass Sie die Nachricht abhören können ... Und ich bitte um Vergebung, aber hier ist jetzt für mich ein Punkt erreicht, der mich“ – an dieser Stelle war der Präsident offenbar nicht eindeutig zu verstehen – „zu einer Einhaltung/Handlung (???) zwingt, die ich bisher niemals in meinem Leben präsentiert habe. Die hatte ich auch nie nötig“.

Man würde gern die Originalaufnahme auf dem Handy einmal hören, Wulffs Tonlage. Die Wortwahl der Niederschrift ist zumindest weniger ausfällig und dramatisch, als es in den bislang veröffentlichten Wortfetzen den Anschein gehabt hatte. Ein Anschlag auf die Pressefreiheit? Das ist wohl reichlich übertrieben. Aus dem Papier spricht vielmehr die Enttäuschung des Präsidenten: Er hatte gedacht, er rufe bei einem Freund an, auf den bisher Verlass war. Das war ein Irrtum.

Neben Diekmann rief Wulff auch bei Springer-Chef Mathias Döpfner an. Über das, was zwischen Döpfner und Wulff dann vorfiel, kursiert bei Springer folgende Version: Wulff bekam Döpfner ebenfalls nicht persönlich ans Telefon, sondern landete auf der Mailbox – und hinterließ dort eine Nachricht. Die Wortwahl des Präsidenten fiel dabei ähnlich aus wie gegenüber Diekmann: Von Empörung über „Bild“ soll die Rede gewesen sein, von einer Kampagne und ungerechtfertigter Skandalisierung.

Döpfner, so heißt es im Konzern, habe Wulff zurückgerufen und einen aufgebrachten Präsidenten am Telefon gehabt. Wulff sei sehr deutlich geworden. Wenn der Artikel erscheine, so wird Wulff im



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL



RAINER DRÖSE / LOCALPIC

Lokaljournalist Grote, Regierungschef Wulff 2006: „Manchmal sehr grimmig“

„Dünnhäutig und nachtragend“

Sind Einschüchterungsversuche durch Politiker die Ausnahme oder Standard?

Die Präsidentenmaschine auf dem Rückflug von Kuwait nach Berlin, am Abend des 13. Dezember: Christian Wulff hat einen anstrengenden Tag hinter sich, nun zieht er die Bilanz seines Besuchs am Golf, stolz berichtet er von seiner Begegnung mit dem Emir.

Aber die mitreisenden Journalisten sind an seinem Hauskredit interessiert. Die Stimmung in der Kabine wirkt zunehmend aufgewühlt.

Da meldet sich eine Reporterin der Regenbogenpresse zu Wort. Sie will etwas über die schönen Dinge erfahren, die ihre Leserinnen interessieren. Also spricht sie über die Ohringe von Bettina Wulff, in denen sie Brillanten mit Saphiren erkannt haben will. „Sind Sie so ein großzügiger Ehemann, wie ihn sich jede Frau wünscht? Oder ist das eine Leihgabe?“, fragt die Journalistin sinngemäß.

Eine Wulff-Sprecherin kann dies nicht bestätigen, doch Teilnehmer erinnern sich: Der Bundespräsident habe genervt seine Stimme erhoben. Ihm reiche es jetzt, es müsse doch mal genug sein.

Nachrichten über ein umstrittenes Privatdarlehen des Bundespräsidenten waren zu diesem Zeitpunkt noch keine 24 Stunden alt, aber das Klima zwischen Wulff und Presse war offenbar bereits vergiftet. Oder fiel der frühere Landespolitiker nur in ein altes Muster zurück?

Christian Wulff und die Medien, dieses Thema reicht über das zunächst symbiotische und dann zerstörerische Verhältnis zwischen ihm und der „Bild“-Zeitung hinaus. Auch in der Regionalpresse, auch im Fernsehen gab und gibt

es Beschwerden über den einstigen CDU-Ministerpräsidenten, über seine Einmischungs- und Anbiederungsversuche.

Prekäre Tauschgeschäfte, in denen Nähe und Exklusivität anscheinend gegen wohlwollende Berichterstattung zu haben waren, Drohungen, wenn es anders lief – all das offenbart ein merkwürdiges Verständnis von Pressefreiheit; darüber herrschte in den vergangenen Tagen schnell Konsens. Fraglich aber blieb, ob das Publikum ein einzigartiges Schauspiel erlebte. Oder ob es nur einen seltenen Einblick bekam in eine Welt, in der Politiker und Journalisten Allianzen schließen, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahren soll.

„Die Einschüchterungsanrufe überraschen mich kein bisschen, er war schon immer so“, sagt Paul-Josef Raue. Er war Chef der „Braunschweiger Zeitung“, als Wulff in Niedersachsen regierte.

Unmissverständlich, so Raue, habe er damals in einem Kommentar Wulffs Nähe zur „Bild“-Zeitung kritisiert. Ihn störte besonders, wie verständnisvoll das Springer-Blatt – anders als bei anderen Politikern – dessen Scheidung begleitete und die neue Freundin Bettina einführte. Danach sei der niedersächsische Regierungssprecher Olaf Glaeseker auf ihn zugekommen, erinnert sich Raue: „Er hat mir mit harten Worten die Meinung gesagt“, so der Journalist. „In der Folge kamen wir kaum noch an den Ministerpräsidenten heran.“ Glaeseker hat Fragen zu dieser Episode nicht beantwortet.

Sogar auf einer von der Zeitung 2008 organisierten Kinder-Pressekonferenz gab es Schelte vom Landesvater. „Ich bin bei Kritik, wenn sie unberechtigt ist, manchmal sehr grimmig“, sagte er einer Schülerin. An kritische Berichte erinnere er sich sogar „noch 20 Jahre später“: „Manchmal schockte ich Redakteure, die in der Zeitung etwas geschrieben haben, und sage: damals, 1981, linke Spalte, dritte Seite – und das nehmen die mir manchmal übel.“

Das Fazit von Raue, heute Chefredakteur der „Thüringer Allgemeinen“: „Wulff reagiert häufig dünnhäutig und nachtragend, das ist ein Charakterzug bei ihm.“

Bürgermeister, Landräte, Ministerpräsidenten: Wer über sie kritisch berichtet, muss harsche Anrufe und Briefe der Betroffenen ertragen können. Das gehört zum Geschäft.

Trotzdem sind viele Chefredakteure erstaunt über die jüngsten Vorgänge. „Es kommt immer wieder mal vor, dass politisch Verantwortliche versuchen, über den Chefredakteur Berichte zu verhindern“, gelungen sei das aber noch keinem, sagt Sven Gösmann von der „Rheinischen Post“ in Düsseldorf: „Eine derartig dreiste Einschüchterung, wie sie jetzt offenbar vom Bundespräsidenten mit ‚Bild‘ versucht worden ist, habe ich allerdings nie erlebt. Und ich kenne auch niemanden, der so dumm ist, Drohungen auf eine Mailbox zu sprechen.“

Auch Rüdiger Oppers, Chef der „Neuen Ruhrzeitung/Neuen Rheinzeitung“ (NRZ), musste schon mit wütenden Provinzfürsten kämpfen, als er über einen SPD-Spendenskandal in Moers berichtete: Der Verwaltungschef rief an und drohte, ähnlich wie aktuell Wulff, mit Klagen. SPD-Funktionäre forderten zum Boykott der Zeitung auf. Der Chefredakteur machte den Einschüchterungsversuch öffentlich. Am Ende entschuldigte sich die SPD.

Auf der Ebene der Landes- oder Bundespolitiker hingegen, sagt Oppers, seien ihm solche Einflussnahmen vor der Drucklegung „noch nie“ begegnet. Diese Einschätzung teilen viele. „Je lokaler, desto gravierender“, so bewertet auch Christoph Grote Versuche von Politikern, sich einzumischen. Grote ist Geschäftsführer der „Oldenburgischen Volkszeitung“ in Vechta und kennt Wulff aus seiner Zeit als Chefredakteur der Hannoverischen „Neue Presse“.

„So etwas wie Wulffs Anrufe habe ich in meinen 16 Jahren als politischer Berichterstatter nicht erlebt“, erklärt auch Christoph Irion, Chefredakteur des „Reutlinger General-Anzeigers“.

Sein Kollege vom mecklenburgischen „Nordkurier“, Michael Seidel, beobachtet eine Professionalisierung im Umgang von Politikern mit Medien, umso mehr verstört ihn Wulffs Verhalten. Für den Bundespräsidenten hat er einen Rat, den er normalerweise nur erzürnten Lokalpolitikern gibt: „Entweder Sie kämpfen mit offenem Visier oder gar nicht.“

Haben Seidel und seine Kollegen recht, dann hat sich Wulff im Umgang mit der Presse wie ein beleidigter Landrat verhalten, der vom Gemeindeblatt Gehorsam verlangt.

Allerdings reichen die Folgen solchen Verhaltens bei Wulff weit über den Dorfrand hinaus. Im Norddeutschen Rundfunk erinnert man sich noch heute daran, wie der damalige hannoversche Ministerpräsident mehr Berichte aus der Region verlangte, etwa über den „Tag der Niedersachsen“. Auch Spiele aus der Fußball-Regionalliga sollten übertragen werden und abendfüllende Sendungen über die Kommunalwahl. Sigmar Gabriel, der vorher SPD-Ministerpräsident in Hannover war, konterte: Wulff wolle sich „die Medien zur Beute machen“.

Natürlich setzt sich jeder Politiker für ein positives Image seiner Region – und seiner selbst – in den Medien ein. Wulff aber muss sich mehr Mühe als



RONALD SCHMIDT / BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Chefredakteur Raue

„Er war schon immer so“

andere gegeben haben. Illustrierte waren begeistert über den Politiker, die „Bunte“ druckte häufig Geschichten über sein junges Glück („Muss Liebe schön sein“).

„Für ‚Bunte‘ ist ein relativ junger Bundespräsident mit einer attraktiven Frau ein Eyecatcher“, sagt Chefredakteurin Patricia Riekkel. „Da taucht eine sehr schöne, junge Frau auf, der Ministerpräsident trennt sich für sie von seiner ersten Ehefrau, das war für uns ein emotional guter Stoff.“

FRANK HORNIG, ALEXANDER KÜHN,
MARCEL ROSENBACH, BARBARA SCHMID

Verlag zitiert, dann bedeute das Krieg zwischen dem Bundespräsidialamt und Springer bis zum Ende von Wulffs Amtszeit. Das Bundespräsidialamt verweist auf Anfrage darauf, dass Wulff über Vieraugengespräche und Telefonate grundsätzlich keine Auskunft gebe.

Wulff will den Kampf mit „Bild“ nun auf die Frage zuspitzen: Wer regiert Deutschland – die gewählten Politiker oder der Boulevard? Er will ein Bündnis schließen mit den Bürgern, die die Angriffe auf den Präsidenten als Medienkampagne empfinden, als Machthybris der Presse. Die Reaktionen auf sein Fernsehinterview bestärken ihn darin. Die Deutschen wollen ihrem Präsidenten mehrheitlich eine zweite Chance geben. Das Presseecho dagegen war so einhellig wie verheerend. Mal wieder.

Wahrscheinlich hätte Wulff die Affäre nicht so hart getroffen, wenn er die Chancen seines Amtes nutzen würde. Seit anderthalb Jahren residiert er im Schloss Bellevue, aber bislang ist nicht klar, was er mit seiner Präsidentschaft anfangen will. Er reist rastlos durch Deutschland und die Welt, er hält Grußworte und verleiht Orden, aber da ist wenig, was über den Tag hinausweist.

Die Wehrpflicht fiel, die Kernkraft wurde mit einem Handstreich der Kanzlerin abgeschafft, die Finanzkrise hielt Europa im Würgegriff, der Libyen-Einsatz und die Enthaltung Deutschlands in der Uno spalteten den Westen. Aber wo war Wulff? Er sagte präsidial abgewogen Sätze, die sich versendeten.

Dabei hatte Wulff Hoffnungen geweckt. In seiner ersten Rede als Staatsoberhaupt sprach er von „unserer bunten Republik Deutschland“ und paraphrasierte damit die „multikulturelle Gesellschaft“, einen Begriff der Linken. Es sah so aus, als wolle Wulff, der Spross der Parteiendemokratie, die Ödnis der Parteipolitik aufbrechen. Am 3. Oktober 2010 sagte Wulff passend dazu den einzigen Satz, der bisher von ihm hängengeblieben ist: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“

Das war selbstverständlich und doch vergleichsweise mutig, aber daneben blieb seine Präsidentschaft ohne Signale, es ging ihm vor allem darum, keine Fehler zu machen. Mit diesem Prinzip hat er es geschafft, in der Politik nach oben zu kommen und sieben Jahre als niedersächsischer Ministerpräsident zu überstehen; und dieses Prinzip war es auch, das Wulff die Präsidentschaft eintrug.

Nun lernen die Deutschen einen neuen Christian Wulff kennen. Die merkwürdigen Details über die Bedingungen seiner Kreditverträge wollen nicht zu dem Bild passen, das sie sich von ihrem Staatsoberhaupt gemacht haben.

Wulff war der Beweis dafür, wie weit man es mit demonstrativer Harmlosig-

keit in der Politik bringen kann. Ab einem bestimmten Punkt seiner Karriere stellte er seine Durchschnittlichkeit geradezu heraus, weil er wusste, dass sie ihn als jemanden erscheinen ließ, auf den Verlass ist.

Aus den Geschichten über ihn erfuhr man zum Beispiel, dass er schon zu Studienzeiten auf Partys der Einzige gewesen war, der einen klaren Kopf behielt, so dass er seine Freunde mit dem Auto nach Hause fahren konnte. Man konnte lesen, dass er seinen Hund „Momo“ getauft hatte, dass er an einem Wahltag mit der Tochter zur Belohnung in den Osnabrücker Zoo ging, „die Forellen streicheln“. Ein gemütlicher Abend bei den Wulffs? „Wenn ich mein Pensum erfüllt

Wahrscheinlich hätte Wulff die Affäre nicht so getroffen, wenn er die Chance seines Amtes nutzen würde.

habe, dann bin ich gern zu Hause, sitze noch am Schreibtisch, gucke ein bisschen fern oder trinke noch ein Glas Saft.“

Dass jemand mit solchen Eigenschaften moralisch besonders gefestigt ist, braucht eigentlich nicht betont zu werden, aber Wulff tat es trotzdem. Einmal bot ein Hotelier dem Ministerpräsidenten einen Gratiskurs an, weil Wulff auf dem Presseball beim Eröffnungswalzer eine unglückliche Figur machte. Aber Wulff lehnte ab: Geschenke im Wert von mehr als zehn Euro dürfe er als Politiker nicht annehmen. So erzählte er es dem „Focus“-Redakteur Armin Fuhrer für dessen Biografiebuch „Der Marathonmann“.

Schon im Wahlkampf gegen Schröder schlug Wulff den hohen Ton an, es sollte sein vorherrschender bleiben. „Ehrlich oder gar nicht“ wollte er den SPD-Ministerpräsidenten aus dem Amt drängen; die eigene Kandidatur sollte nicht nur dem Machtwechsel dienen, sondern einer „erneuerten Vertrauenskultur“ den Weg ebnen.

Wer so gern über Ehre und Anstand in der Politik redet, ist natürlich auch ganz vorn dabei, wenn es darum geht, andere an ihre Verantwortung zu erinnern. Wulff war einer der Ersten, die den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski (SPD) unter Druck setzten. Der Mann hatte sich zwar keinen großen Fehltritt geleistet, aber eine Summe kleiner Peinlichkeiten: So hatte er sich bei seiner Hochzeitsfeier das Bier und den Kaffee von Firmen sponsern lassen.

Glogowski bedauerte sein Verhalten und trat im November 1999 zurück. Doch der Oppositionsführer Wulff ließ es dabei nicht bewenden: Gegen Widerstände in seiner Fraktion setzte er einen Untersu-



KLAUS STÜTTMANN

Thomas Oppermann, glaubt, dass der Präsident als niedersächsischer Regierungschef das Recht gebrochen habe: „Es spricht viel dafür, dass der günstige Zinssatz der BW-Bank ein unberechtigter Vorteil im Sinne des niedersächsischen Ministergesetzes ist. Er versucht, sich als Opfer zu inszenieren. Das ist seines Amtes unwürdig.“ SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber sagt: „Wulff hat das Amt des Bundespräsidenten so beschädigt, dass er darin nicht verbleiben kann.“

Was ist, wenn Wulff am Ende geht? Für diesen Fall hat die Opposition in Wahrheit noch keine Strategie. Ihr fehlt die Mehrheit in der Bundesversammlung, ein eigener Kandidat würde dort wohl wieder scheitern wie einst Joachim Gauck. Und doch würden SPD und Grüne den ehemaligen Chef der Stasi-Unterlagenbehörde erneut fragen, wenn Wulff stürzt.

Doch all das sind Sandkastenspiele. Sie setzen voraus, dass Wulff freiwillig sein Schloss verlässt. Mag sein, dass er den öffentlichen Druck nicht mehr lange aushalten kann. Mag auch sein, dass er irgendwann die Nerven verliert. Allzu viele Hoffnungen sollte sich die Opposition nicht machen.

Denn Wulff hat in der Vergangenheit oft genug bewiesen, dass er hartnäckig sein kann. Zweimal schaffte er es nicht, Gerhard Schröder aus der niedersächsischen Staatskanzlei zu vertreiben. Andere hätten aufgegeben, doch Wulff hielt durch und wurde im dritten Anlauf Ministerpräsident.

Was macht ein Mann, der mit Anfang 50 Staatsoberhaupt geworden ist? Er wird vermutlich alles daransetzen, im Amt zu bleiben. Auch ohne Würde.

Zumal selbst diese trüben Tage dem belagerten Präsidenten ab und an eine kleine Genugtuung einbringen. Noch am Tag nach dem TV-Interview in der vergangenen Woche konnte sich das Staatsoberhaupt daran erfreuen, wie er die ZDF-Frau Bettina Schausten mit einer einfachen Gegenfrage in Verlegenheit gebracht hatte. Ob sie denn ihren Freunden nach einer privaten Übernachtung Geld bezahle, wollte er wissen.

„Ja“, antwortete die verblüffte Journalistin – und ist seither Spottobjekt im Internet.

JÜRGEN DAHLKAMP, JAN FLEISCHHAUER, MICHAEL FRÖHLINGSDORF, KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, DIETMAR HAWRANEK, DIETMAR HIPPE, ISABELL HÜLSEN, ALEXANDER KÜHN, MARTIN U. MÜLLER, PETER MÜLLER, RENÉ PFISTER, JÖRG SCHMITT, CHRISTOPH SCHWENNICKE, ANDREAS WASSERMANN



Video: Christoph Schwennicke über Bundespräsident Wulff
Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App „Scanlife“.

chungsausschuss durch, der sich wochenlang mit Glogowskis Kaffee- und Bierrechnungen befasste. Wulff kannte kein Pardon: „Es muss jeder Eindruck von Korruptierbarkeit schon im Ansatz verhindert werden.“

Wer perfekt sein will, kommt ohne ein bisschen Heuchelei nicht aus. Denn auch dem Perfektionisten geht manchmal etwas daneben, zum Beispiel die eigene Ehe. Jahrelang hatte Wulff sich mit seiner Studentenliebe Christiane von dem mehrfach verheirateten Schröder abgesetzt. „Die Familie ist das Wichtigste in Christian Wulffs Leben“, konnte das interessierte Publikum im „Marathonmann“ über den Christdemokraten lesen. Schade nur, dass Wulff zu dem Zeitpunkt, als er mit seinem Biografen über die Vorzüge seiner Ehe sprach, bereits mit einer anderen Frau zusammen war.

Wulff ist ein Mann mit zwei Gesichtern. Wer genau hinsah, konnte hinter dem lächelnden Händeschüttler mit dem Pastorengesicht schon früher einen anderen Wulff entdecken, zäher und deutlich ehrgeiziger, als seine öffentlichen Bekenntnisse vermuten ließen, durchtriebener im politischen Grabenkampf. Einen Mann, der seine Ellbogen ausfahren konnte.

Das Problem ist nur, dass er die Ellbogen allzu oft in die Rippen von Parteifreunden rampte. Nun können sich viele in der Union ein Grinsen nicht verkneifen, wenn sie die Schlagzeilen zur Kreditaffäre lesen. Sicherlich, es gibt die professionellen Verteidiger wie CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Aber da ist kaum jemand, der sich aus persönlicher Verbundenheit vor Wulff stellte. Jetzt, wo er Hilfe braucht, ist es plötzlich sehr einsam um ihn geworden.

Unionsfraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier, der noch vor Weihnachten für Wulff durch die Talkshows tourte, hat intern klargemacht, dass ihm die Lust vergangen ist, den Verteidiger zu spielen.

Und langsam melden sich nun auch die ersten ungeduldrigen Stimmen aus der Union. „Mit der scheinweisen Aufklärung des Sachverhalts über seinen Kredit hat Christian Wulff sich keinen Gefallen getan“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz. In der CSU hält Horst Seehofer seine schützende Hand über Wulff. „Wir stellen uns hinter Menschen in Schwierigkeiten, es sei denn, die Schwierigkeiten sind so groß, dass man das nicht mehr verantworten kann. Das ist bei Christian Wulff nicht der Fall“, sagt Seehofer.

Doch auch in der CSU bröckelt der Rückhalt für Wulff: „Das Krisenmanagement ist nicht professionell und seine Kommunikation oft auch nicht“, sagt der CSU-Parlamentarier Georg Nüßlein. Und selbst CDU-Generalsekretär Gröhe beklagt „Ungeschicklichkeiten und Fehler“ des Staatsoberhauptes. Er verdiene aber die Chance, Vertrauen wieder aufzubauen.

Angela Merkel hält nur aus Eigennutz die Hand über das Staatsoberhaupt. Scheitert Wulff, dann scheitert ihr Präsident, das räumen ihre Leute im Kanzleramt unumwunden ein: „Davon kann sie sich nicht freimachen.“

Die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung sind knapp. Niemand weiß, ob die Koalition einen neuen Kandidaten überhaupt durchsetzen kann. Wie kühl Merkel auf Wulff blickt, lässt sich daran ablesen, dass sie FDP-Chef Philipp Rösler schon die Zusage gegeben hat, im Falle von Wulffs Rücktritt keinen Kandidaten ohne die Zustimmung des Koalitionspartners auszurufen. Die Geduld der Liberalen mit dem Präsidenten ist allmählich zu Ende. „Wulff muss auch nach dem Fernsehinterview noch einiges erklären“, sagt der niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode.

Die Opposition fordert nun unverhohlen Wulffs Rücktritt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion,